

Antrag

der Abg. Dr. Uwe Hellstern und Joachim Steyer u. a. AfD

Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS): Aktuelle Erkenntnisse und Maßnahmen der Landesregierung sowie mögliche Folgen eines Verbots

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Erkenntnisse ihr über den Einsatz von PFAS in den Rotorblättern von Windindustrieanlagen vorliegen;
2. welche Erkenntnisse ihr über den Einsatz von PFAS in Photovoltaikzellen vorliegen;
3. in welchem Ausmaß eine gesundheitliche Gefährdung für menschliches Personal aufgrund von PFAS in den Rotorblättern von Windindustrieanlagen und in Photovoltaikzellen besteht, insbesondere auch im Falle einer Havarie von Rotorblättern (z. B. Brand oder Bodensturz);
4. welche Probleme ihrer Ansicht nach bei der fachgerechten Entsorgung eines PFAS-belasteten Rotorblatts einer Windindustrieanlage bestehen;
5. inwieweit die Landesregierung bereits Konzepte und Vorschriften zur fachgerechten Entsorgung von PFAS-belasteten Rotorblättern von Windindustrieanlagen erarbeitet hat;
6. welche Auswirkungen ihrer Ansicht nach ein großflächiges Verbot von PFAS auf den zukünftigen Ausbau von Windindustrieanlagen und Photovoltaikzellen in Baden-Württemberg hat;
7. welche Auswirkungen ihrer Ansicht nach ein großflächiges Verbot von PFAS auf die zahlreichen weiteren Einsatzbereiche hat, insbesondere auch im Bereich der Medizin (pharmazeutische Verpackungen) und der Lebensmittelversorgung (Lebensmittelverpackungen);
8. unter wie viele konkrete Einzelsubstanzen sich PFAS subsumieren lässt;
9. welche Grenzwerte in welcher Höhe für PFAS in Bezug auf Trinkwasser und Oberflächengewässer in Baden-Württemberg existieren (bitte nach Einzelsubstanzen aufschlüsseln);
10. wo die Grenzwerte aus Ziffer 9 in Baden-Württemberg bereits heute überschritten werden;
11. welche Vorkehrungen die Landesregierung bereits heute gegen den schädlichen Einsatz von PFAS unternommen hat und in Zukunft proaktiv und unabhängig von etwaigen EU-Entscheidungen in Erwägung zieht;
12. ob ihr landes- oder bundesweite Erkenntnisse über konkrete gesundheitliche Schäden durch PFAS vorliegen;

13. inwieweit PFAS vergleichbar negative Auswirkungen wie FCKW auf die Ozonschicht hat und damit eine Verletzung des Montrealer Protokolls darstellt.

13.3.2023

Dr. Hellstern, Steyer, Goßner, Dr. Podeswa, Dr. Balzer AfD

Begründung

Die Anwendungsgebiete von Per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) werden immer zahlreicher. Neben alltäglichen Produkten sind PFAS wesentlicher Bestandteil der sogenannten „Energiewende“. Neben dem Einsatz in Kältemitteln von Wärmepumpen sind PFAS ebenfalls in Rotorblättern von Windindustrieanlagen und in Photovoltaikzellen enthalten. Nach einer gemeinsamen Recherche von NDR, WDR und „Süddeutsche Zeitung“ lassen sich bereits heute an mehr als 1 800 Orten in der Bundesrepublik Belastungen mit den sogenannten „Ewigkeitschemikalien“ nachweisen. Ein Drittel davon, also 606 Orte, liegen in Baden-Württemberg. Dieser Antrag soll daher die aktuelle Situation rund um die zahlreichen Einsatzgebiete von PFAS beleuchten und die möglichen Folgen eines Verbots erörtern.